



Az.: 3222 EB-A-

Bekanntnis
zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung
des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Bekanntnis
zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands
für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen,
insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens,

Bekanntnis
zum friedlichen Zusammenleben der Völker
und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges

im Einbürgerungsverfahren

der Frau des Herrn

Familienname, Vorname	Geburtsdatum, Geburtsort/Geburtsland

Das Merkblatt "Bekanntnis zur Verfassungstreue, Bekanntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, Bekanntnis zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges; Abgabe einer Loyalitätserklärung", das mir zusammen mit diesem Formular ausgehändigt wurde, habe ich zur Kenntnis genommen und verstanden. Ich weiß, dass

- ich das Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland nicht abgeben darf, wenn ich verfassungsfeindliche (extremistische) Bestrebungen verfolge oder unterstütze. Falls ich in der Vergangenheit solche Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, darf das Bekanntnis nur abgeben, wenn ich mich davon inzwischen abgewandt habe.
- ich mich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens nur bekennen darf, wenn ich jede Form von Antisemitismus und jedes Vergessen, Verschweigen oder Verharmlosen des nationalsozialistischen Völkermordes an den Jüdinnen und Juden Europas ablehne und das besondere und enge Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zum Staat Israel, insbesondere die Sicherheit und das Existenzrecht des Staates Israel, anerkenne.
- ich mich zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges nur bekennen darf, wenn ich verstanden habe, dass friedensstörende Handlungen, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges, in Deutschland von Verfassung wegen geächtet sind, das Friedensgebot ein die verfassungsmäßige Ordnung in Deutschland prägender Wertmaßstab ist und ich mich diesem tragenden Verfassungsprinzip der Bundesrepublik Deutschland zuwende.
- die Bekanntnisse, die ich nachfolgend abgebe, inhaltlich richtig sein müssen und meine Einbürgerung gesetzlich ausgeschlossen ist, wenn der Staatsangehörigkeitsbehörde Tatsachen bekannt sind oder werden, die die Annahme rechtfertigen, dass eines oder mehrere meiner nachfolgend abgegebenen Bekanntnisse inhaltlich unrichtig ist bzw. sind.



Ich habe deshalb auch die Abgabe meiner nachstehenden Bekenntnisse sorgfältig und gewissenhaft vorbereitet. In dem für meine Einbürgerung erforderlichen Umfang kenne ich die Rechts-, Ordnungs- und Wertvorstellungen, die dem Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland zugrunde liegen. Ich möchte diesem Staat künftig angehören. Deshalb lege ich diese Bekenntnisse in Kenntnis ihrer Inhalte und ihrer Bedeutung wie folgt ab:

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind; sie stehen den Inhalten dieses Bekenntnisses und seiner Abgabe entgegen.

Ich bekenne mich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens.

Ich bekenne mich zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

Ort, Datum	Unterschrift

Bearbeitungsvermerk der Staatsangehörigkeitsbehörde:

Die o.g. Person hatte vor und bei der Abgabe ihrer vorstehenden Bekenntnisse Gelegenheit, Fragen zu stellen.

- Fragen sind nicht gestellt worden
- Fragen sind gestellt und beantwortet worden

Die o.g. Person hat ihre vorstehenden Bekenntnisse in meiner Gegenwart eigenhändig unterzeichnet.

Ort, Datum	Behördenstempel, Bearbeiterin oder Bearbeiter, Unterschrift